

Montag (Nachmittag), 6. Juni 2016

Finanzdirektion

26 2016.RRGR.201 Bericht Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2015 des Kantons Bern

Präsident. Ich begrüsse Sie zur zweiten Woche der diesjährigen Junisession. Als erstes möchte ich mich bei Ihnen bedanken. Ich habe im Anschluss an meinen Empfang in der Stadt Thun viele Mails und Karten erhalten. Diese Zuschriften haben mich sehr gefreut. Nun möchte ich als erstes ein paar Worte zum Ablauf dieser Woche sagen: Wir werden im Anschluss an meine Eröffnungsinformationen mit den Geschäften der FIN fortfahren und die Traktanden 26 und 27 besprechen. Danach werden wir die Geschäfte der BVE behandeln. Wenn wir noch länger als 15–20 Minuten Zeit haben, werde ich mit den GEF-Geschäften beginnen, und zwar gleich mit der Spitalstandortinitiative. Wir werden somit der Traktandenliste folgen. Damit sich die Sprecher, die sich zur Spitalstandortinitiative äussern wollen, vorbereiten können, erkläre ich nun, wie wir dieses Geschäft behandeln werden. Als erstes werde ich zusammenfassen, was bisher geschah. Anschliessend möchte ich eine Grundsatzdebatte führen. Dabei soll jeder Gegenvorschlag debattiert werden. Auch der Regierungsrat wird sich äussern können. Danach werden wir über die einzelnen Gegenvorschläge diskutieren, wobei die Möglichkeit besteht, Abänderungsanträge zu stellen. Als erstes werden wir den Gegenvorschlag der Gruppe um Grossrat Schnegg behandeln und danach den Gegenvorschlag der GSoK. Nach jedem Gegenvorschlag werde ich eine Schlussabstimmung durchführen. Allenfalls wird ja ein Gegenvorschlag bereits abgelehnt und würde damit wegfallen. Doch zuerst würden die Abänderungsanträge behandelt. Wenn beide Gegenvorschläge angenommen würden, würde ich die beiden ausmehren und am Ende noch eine Schlussabstimmung durchführen, bevor wir zur Behandlung der Initiative übergehen. Soweit meine Ausführungen dazu, wie ich dieses Geschäft behandeln möchte. Sollte jemand damit nicht einverstanden sein, bitte ich diese Person, bei mir vorstellig zu werden. Danke für Ihre bisherige Aufmerksamkeit.

Bevor wir mit den Geschäften der FIN fortfahren, erzähle ich Ihnen eine Bärengeschichte. Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. Steigt in Rom beim Konklave hinter der Sixtinischen Kapelle weisser Rauch auf, bedeutet dies «Habemus Papam», wörtlich: «Wir haben einen Papst». Der gleichnamige Film trägt jedoch den Untertitel: «Ein Papst büxt aus». Wenn es nun in der Schweiz heisst: «Habemus ursum», dann würde dies sinngemäss bedeuten, dass irgendwo ein Bär ausgebrochen ist. In Bern ist das Risiko eines solchen Ausbruchs gering. Aber manchmal geht so etwas schneller als man denkt. Bleiben wir also aufmerksam, vor allem angesichts des Wissens aus der Bärengeschichte Nummer 1, wonach ein Bär mit bis zu 60 km/h unterwegs sein kann. Wenn er in diesem Tempo vom Bärenpark zum Rathaus lief, bräuchte er dafür nur etwa drei Minuten. Nun kommen wir zum Traktandum 26, dem Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2015 des Kantons Bern. Die Kommissionssprecherin der FiKo hat das Wort.

Béatrice Stucki, Bern (SP), Sprecherin der FiKo. *(Der Präsident läutet die Glocke.)* Der Rechnungsabschluss 2015 hätte 334 Mio. Franken betragen, wenn wir im letzten Jahr nicht über den Fonds für Nationalbankgelder, den sogenannten SNB-Fonds, beschlossen hätten. Nach dem Übertrag der 2015 doppelt ausgezahlten SNB-Gelder beträgt der Ertragsüberschuss immer noch 170 Mio. Franken. Dies ist ein tolles Ergebnis. Das Budget hat zwar schon einen Ertragsüberschuss vorgesehen, aber nicht in dieser Höhe. Ohne diese Fondseinlage wäre das Rechnungsergebnis des Jahres 2015 das beste seit 2009 gewesen. Ein Budget ist immer eine Annahme. In den meisten Konten kommt es zu Mehr- oder Minderaufwendungen. Im letzten Jahr war bei den Dienstleistun-

gen und Honoraren, den Mietaufwänden, der Kantonspolizei und den Aufwendungen beim Strassenunterhalt ein geringerer Aufwand entstanden. Der letztgenannte Minderaufwand ist auf den milden Winter zurückzuführen. Einen Mehraufwand mussten wir hingegen bei der KESB verzeichnen. Wir müssen oder dürfen feststellen, dass die ASP-Massnahmen wirken. Die Budgetunterschreitungen zeigen auch, dass in der Verwaltung eine grosse Ausgabendisziplin herrscht. Dem Bericht der FiKo entnehmen Sie, dass wir zum ersten Mal den sogenannten Free Cashflow in die Berichterstattung aufgenommen haben. Der Free Cashflow weist aus, welche Geldmittel der Kanton nach Abzug der Investitionen erwirtschaftet hat. Dieser Wert zeigt, wieviel Geld dem Unternehmen, in unserem Fall dem Kanton, innerhalb einer gewissen Zeit zur Verfügung steht. Der Vergleich über mehrere Jahre macht deutlich, wie gut das Rechnungsergebnis 2015 ist. Hat der Free Cashflow im Jahr 2012, als wir ein Defizit erwirtschafteten, -458 Mio. Franken betragen, so sind es für das Jahr 2015 +486 Mio. Franken.

Die finanzielle Zukunft sieht leider weniger rosig aus. Die Konjunktur schwächt sich ab, und die Steuereinnahmen drohen einzubrechen. Der starke Schweizer Franken zeigt seine negative Wirkung. Doch auch gesellschaftliche Tendenzen werden wir zu spüren bekommen. Speziell im Altersbereich und in der Langzeitpflege, aber auch im Sozialwesen werden Mehrkosten entstehen. Wie alle Jahre hat die Finanzkontrolle die Rechnung des Kantons geprüft. Sie hat in der Rechnung 2015 keine Feststellungen mit Wesentlichkeit «gross» oder «hoch» machen müssen und konnte deshalb ein Blanko-Testat ausstellen. Damit kann die FiKo dem Plenum des Grossen Rats die Rechnung 2015 ohne Einschränkungen zur Genehmigung empfehlen. Dazu gehören folgende Eckdaten: Der Ertragsüberschuss beträgt 169 731 000 Franken, die Nettoinvestitionen 479 863 000 Franken und der Bilanzfehlbetrag 3 540 680 000 Franken. Für alle weiteren Zahlen und Daten verweise ich auf den Bericht der FiKo.

Die FiKo dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kantonalen Verwaltung herzlich für ihren umsichtigen Umgang mit den finanziellen Ressourcen. Wir danken auch Beatrice Simon, der Finanzdirektorin, und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Begleitung der FiKo bei der Beratung des Geschäftsberichts 2015. Unsere Fragen waren zuweilen wohl nervig, aber sie müssen eben auch sein. Ein grosses Dankeschön geht auch an Pamela Schär und Dominique Cléménçon. Auch in diesem Jahr haben sie die FiKo während des ganzen Prozesses der Prüfung und Diskussion des Geschäftsberichts ganz toll unterstützt. Ein Milizparlament wäre ohne die fachlich fundierte Unterstützung durch unsere Kommissionssekretärinnen und Kommissionssekretäre aufgeschmissen. Wir danken bei dieser Gelegenheit auch den ProtokollführerInnen. Die FiKo bittet Sie wie gesagt, den Geschäftsbericht 2015 zu genehmigen.

Andreas Blank, Aarberg (SVP). Die Beratung des Geschäftsberichts ist nicht unbedingt der richtige Moment, um eine grosse finanzpolitische Auseinandersetzung zu führen. Deshalb beschränke ich mich auf ein paar wenige Dinge. Nach wie vor hat der Kanton Bern trotz der anscheinend sehr guten Rechnung keinen Spielraum für Steuersenkungen bei den natürlichen Personen. Bei den juristischen Personen will man diese Sache angehen, nicht aber bei den natürlichen Personen. Wir müssen unbedingt den Druck aufrechterhalten. Im Rahmen der Steuerstrategie und der anstehenden Steuergesetzrevision werden wir eine Debatte zu diesem Thema führen. Ich möchte vor allem auf folgendes hinweisen: Trotz diesen schönen Zahlen gehört dieses Jahresergebnis zu den schlechtesten der vergangenen Jahre. Auf Seite 9 des Berichts der FiKo ist folgendes nachzulesen: Der Bilanzfehlbetrag ist um 2 Mrd. Franken auf neu 3,5 Mrd. Franken gestiegen. Das heisst, wir haben einen Bilanzfehlbetragsanstieg von enormer Grösse, der hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, dass wir Pensionskassen-Verbindlichkeiten hineinbuchen mussten.

In jedem anderen Unternehmen würde der Kommentar deutlich anders lauten als das, was wir soeben gehört haben. Man müsste sich Gedanken dazu machen, wie man diese Schulden zurückzahlen wird, und wahrscheinlich den Gürtel enger schnallen und rigorose Sparprogramme umsetzen. Dies hat es im vorliegenden Fall nicht gebraucht, weil die Schuldenbremse ausgehebelt wurde. Diese Rückstellungen werden nicht entsprechend verbucht, weil es im Pensionskassengesetz so geregelt ist. Das heisst, der Kanton Bern ist in einer angenehmen Situation, die es bei einem Unternehmen nicht geben kann. Ein Unternehmen kann nicht einfach ein Gesetz ändern und sagen, man habe zwar einen grossen Verlust, doch man werde diesen nicht in die Erfolgsrechnung aufnehmen. Der Kanton Bern als Gesetzgeber kann das tun. Diese Verbindlichkeiten sind natürlich nicht nur im letzten Jahr entstanden, aber man hätte sie schon früher bilanzieren und in die Erfolgsrechnung aufnehmen sollen. Dies hätte natürlich den Spardruck erhöht, was man nicht wollte. Grundsätzlich kann man trotzdem von einem guten Ergebnis sprechen. Wir müssen nun alles daran setzen, die

Aufwandsteigerungen, die auch dieses Mal zu verzeichnen sind, zu vermindern. Wir hoffen, dass die Steuereinnahmen im Kanton Bern steigen werden. Dann werden wir irgendwann eine Möglichkeit haben, die Steuern zu senken.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Es sind eindrückliche Zahlen: Wir haben einen Überschuss von 170 Mio. Franken, einen positiven Finanzierungssaldo von rund 100 Mio. Franken und einen Selbstfinanzierungsgrad von 120 Prozent. Mit der Fondseinlage von rund 160 Mio. Franken würde der Überschuss sogar 330 Mio. Franken betragen. Ich glaube kaum, dass ein anderer Kanton ein solches Ergebnis ausweisen kann. Ich habe übers Wochenende ein wenig gegoogelt und geschaut, wie die Rechnungen des Jahres 2015 in den anderen Kantonen aussehen. Ich habe folgende Zahlen gefunden: Kanton Zürich 18 Mio. Franken Überschuss und ein Selbstfinanzierungsgrad von 63 Prozent; Kanton Aargau 400 000 Franken Überschuss und ein Selbstfinanzierungsgrad von 88 Prozent; Kanton Waadt 194 Mio. Franken Überschuss und ein Selbstfinanzierungsgrad von 143 Prozent; Kanton Freiburg 24 Mio. Franken Überschuss und ein Selbstfinanzierungsgrad von 103 Prozent. Ich denke, der Kanton Bern gehört hier im Vergleich zu den anderen Kantonen zu den Spitzenreitern. Aber dieses Ergebnis ist nur dank den ASP-Massnahmen von 2013 möglich. Dessen müssen wir uns bewusst sein. Es gibt keinen Grund, die «Ausgabenschleusen» wieder zu öffnen. Die Sparanstrengungen müssen weitergeführt werden. Steueranpassungen sind im Rahmen der Möglichkeiten vorzunehmen. Wir haben im März 2016 die Motion Haas überwiesen. Darin haben wir vor allem Handlungsbedarf bei der Unternehmenssteuer festgestellt. Aber wir dürfen nichts überstürzen. Sie haben es gehört: Im Bundesparlament ist das Thema «Unternehmenssteuern» auch noch nicht unter Dach und Fach. Auch die natürlichen Personen dürfen wir nicht vergessen. Die Steueranlage ist jedoch nur ein einzelner Standortfaktor für einen Kanton. Es gibt viele andere Faktoren, bei denen wir sehr gut dastehen. Ich denke zum Beispiel an unsere sehr gut ausgebaute Infrastruktur. Wir haben ein Erschliessungsnetz, das wahrscheinlich weltweit einmalig ist. Weiter haben wir Bildungsangebote von der Kinderkrippe bis zur Uni, die für alle zugänglich sind. Dann haben wir eines der bestausgebauten Gesundheitssysteme. Die wirtschaftliche Entwicklung ist ebenfalls vorbildlich: Wir hatten noch nie so viele Arbeitsplätze im Kanton Bern wie heute. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt im Schweizer Durchschnitt bei 75 000 Franken pro Kopf. Mit 97 Prozent haben wir eine der höchsten Beschäftigungsraten weltweit. Der Kanton ist somit besser als sein Ruf oder, in Anlehnung an das Motto unseres Präsidenten, «besser als man denkt». Das gute Ergebnis kommt jedoch nicht von alleine. Jeder Bürger hat dazu beigetragen. Sie konnten es lesen: Die Steuereinnahmen stiegen letztes Jahr um 100 Mio. Franken. Bei den Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung konnten wir die Ausgaben um 47 Mio. Franken reduzieren. Wir danken der Frau Finanzdirektorin für ihre weitsichtige Finanzpolitik.

Zu den Aussichten aus Sicht der BDP: Die Sparanstrengungen müssen weitergeführt werden. Wir müssen weiterhin eine strikte Ausgabendisziplin einhalten. Wir müssen die Aufgaben weiterhin überprüfen. Dort, wo der Kanton eine Aufgabe nicht zwingend übernehmen muss, müssen wir diese auslagern oder privatisieren. Wir müssen Spielraum schaffen für zukünftige, nötige Steueranpassungen. Vor allem dürfen wir nicht nur über die hohen Steuern jammern, sondern müssen die grossen Standortvorteile unseres Kantons, die zweifellos vorhanden sind, hervorheben. Wir haben immer noch eine Schuld von 8 Mrd. Franken, und es kommen Mehrausgaben bei den Krankenkassenprämien-Verbilligungen hinzu. Gleichzeitig wird sich die Konjunktur voraussichtlich leicht abschwächen. Damit werden auch die Steuereinnahmen zurückgehen. Gleichzeitig haben wir in den nächsten Jahren einen Mehrbedarf im Sozialbereich zu erwarten. Nicht zuletzt stehen uns grosse Investitionen bevor, beispielsweise in den Campus Biel und den Campus Bern der Fachhochschule. Weiter sind Strassenprojekte im Emmental und Ob- und Nid aargau sowie Spitalneubauten geplant. Die BDP beantragt, die vorliegende Jahresrechnung mit einem Überschuss von 170 Mio. Franken und Nettoinvestitionen von 480 Mio. Franken in dieser Form zu genehmigen. Wir genehmigen die Überschreitung der Verwaltungsrechnung und die Kreditüberschreitungen in der vorliegenden Form.

Franziska Schöni-Affolter, Bremgarten (glp). Der Jahresabschluss des Kantons Bern im Jahr 2015 ist erfreulich, das schleckt keine Geiss weg, aber Übermut ist nach wie vor fehl am Platz. Wir haben im vergangenen Jahr einen Ertragsüberschuss von 175 Mio. Franken erwirtschaftet. Es zeigt sich ein Trend in Richtung einer Stabilisierung. Aber wir sind, was die Wirtschaftskraft betrifft, im Vergleich zum schweizerischen Mittel immer noch unterdurchschnittlich. Unsere ASP-Massnahmen, und damit unsere intensiven Sparbemühungen, greifen langsam. Aber wie gesagt ist Übermut nicht angezeigt. Wir müssen konsequent auf diesem Pfad weitergehen.

Warum ist dies so? Wie unsere Finanzdirektorin schon mehrmals gesagt hat, ist auf der Einnahmenseite eine Stagnation zu erwarten. Die Steuereinnahmen werden nicht mehr so stark ansteigen, wie dies in den letzten Jahren der Fall war. Wie wir auch schon gehört haben, sieht es auf der Ausgabenseite auch nicht nur positiv aus: Es gibt Mehrausgaben, die wir nicht beeinflussen können, wie etwa zusätzliche Kosten im Gesundheits- und Sozialbereich. Diese hängen auch mit dem zunehmenden Alter der Bevölkerung zusammen. Hinzu kommt die Unsicherheit durch die Unternehmenssteuerreform III (USR III). Man weiss noch nicht einmal auf Bundesebene, wo es genau langgehen wird. Sie sehen, es gibt genügend Gründe, um die Sparpolitik fortzusetzen.

Für die glp ist in diesem Zusammenhang wichtig, dass das Finanzkorsett der Verwaltung weiterhin eng bleibt. Weiter muss sich der Kanton überlegen, was zu den Kantonsaufgaben gehört, und was nicht. Hier ist noch eine Bereinigung nötig. Wir müssen das Wünschenswerte vom Notwendigen trennen und uns vom Wünschenswerten irgendwann verabschieden. Nur so werden wir unsere finanzielle Lage so weit stabilisieren, dass wir etwas mehr Freiheit erhalten.

Nun noch ein Wort zu den Investitionen: Die budgetierten Investitionen wurden nur zu 80 Prozent ausgeschöpft. Es gab Bauverzögerungen, Verzicht auf Projekte, usw. Aber aufgepasst: Wir haben auch eine grosse Bugwelle, die sich vor uns aufbaut. Wir haben Grossprojekte, die wir irgendwann finanzieren müssen. Dazu werden wir auch das nötige Kleingeld brauchen. Ich denke hier an die beiden Campus der Berner Fachhochschule oder an die Strassenprojekte im Ob- und Nidwalden und im Emmental, die Jakob Etter erwähnt hat. Irgendwann müssen diese vom Kanton finanziert werden. Wir wollen uns deswegen nicht neu verschulden. Deshalb ist nach wie vor Sparen angesagt. Die glp genehmigt selbstverständlich die Jahresrechnung, und wir sind froh um das Ergebnis. Selbstverständlich unterstützen wir auch den Bericht der Finanzkommission.

Ursula Marti, Bern (SP). Vor uns liegt der Geschäftsbericht 2015. Bevor ich ihn inhaltlich kommentiere, möchte ich der Regierung und der Verwaltung im Namen der SP-JUSO-PSA-Fraktion für die grosse Arbeit danken, die im vergangenen Jahr für den Kanton Bern geleistet wurde. Die Rechnung 2015 schliesst mit einem Überschuss von rund 170 Mio. Franken ab, wie wir gehört haben. Das zeigt zum einen, dass die Regierung ihre Einnahmen und Ausgaben unter Kontrolle hat und sorgfältig mit den Kantonsfinanzen umgeht. Das anerkennen wir. Wir kritisieren jedoch vehement, dass einerseits hohe Gewinne erwirtschaftet werden, während man andererseits Leistungen herunterschraubt, namentlich bei der Sozialhilfe. Unterdessen unterschreitet unsere Sozialhilfe die SKOS-Richtlinien, die ja schon ein absolutes Minimum darstellen. Die Hardliner im Grossen Rat, die verschiedenen Parteien angehören, wollen in Zukunft sogar noch tiefer gehen. Das ist entwürdigend für die Betroffenen, und es ist auch finanzpolitisch nicht akzeptabel. Aber auch in weiteren Bereichen wären Investitionen nötig. Wir behandeln in dieser Woche die Berichte zur Behinderten- und zur Alterspolitik. Im letzten Jahr diskutierten wir über den Bericht zur Armutsbekämpfung. In diesen Berichten wird genau aufgezeigt, wo Handlungsbedarf besteht. Wir sind uns hier sogar weitgehend einig. Aber viele dringende und sinnvolle Massnahmen werden auf die lange Bank geschoben. Unsere finanzpolitische Forderung lautet, die Mittel im Interesse der Bevölkerung dort einzusetzen, wo ein nachweislicher Bedarf besteht. Es liegen seriöse Berichte vor – setzen wir diese jetzt um! Soziale Investitionen sind auch Investitionen. Es sind Investitionen in Menschen. Wenn es den Menschen im Kanton Bern gut geht, geht es auch dem Kanton gut, auch wirtschaftlich gesehen.

Nun zum Thema Steuersenkungen: Wir beobachten zurzeit genau, was auf Bundesebene im Zusammenhang mit der USR III geschieht. Wir müssen als Kanton darum kämpfen, dass auf Bundesebene eine gute Lösung gefunden wird. Es soll keine Lösung sein, die riesige Löcher in die Haushalte der Kantone und der Gemeinden reisst. Die Würfel werden diese Woche fallen. Wenn sich das nationale Parlament nicht im letzten Moment in Bezug auf Steuergeschenke an Grossunternehmen und Investoren mässigt, wird die SP das Referendum ergreifen. Ich würde sagen, dass wir mit recht guten Erfolgchancen rechnen könnten. Erst wenn wir einmal auf Bundesebene Klarheit haben, können wir auf Kantonsebene agieren und über unsere Unternehmenssteuern befinden. Wir werden in dieser Frage konstruktiv sein, aber wir werden keinen Leistungsabbau tolerieren. Zudem werden einnahmeseitige Gegenfinanzierungen nötig sein. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es für uns klar, dass Steuersenkungen nicht drin liegen. Ich möchte daran erinnern, dass sich gerade die SP sehr dafür engagiert, dass Unternehmen ein gutes Umfeld vorfinden. So setzen wir uns zum Beispiel für Bildung und Forschung, für ausreichend gute Fachkräfte sowie für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein.

Man kann nicht über diesen Geschäftsbericht sprechen, ohne ein Wort über die Gewinnausschüttungen der Nationalbank zu verlieren. Eigentlich wäre der Überschuss der Kantonsrechnung ja noch

viel höher, nämlich nicht 170 Mio. Franken, sondern 334 Mio. Franken. Dies wäre der Fall gewesen, wenn man die 164 Mio. Franken Gewinnausschüttung als Einnahme hätte verbuchen können, so wie man dies während Jahrzehnten gemacht hat. Es war ein Fehler, diese Einnahmen nicht zu budgetieren. Wir hätten weniger finanziellen Druck gehabt und hätten mehr in unseren Kanton investieren können. Der Spielraum wäre grösser geworden. Es gehört zum bürgerlichen Powerplay hier im Rat, mit allem, was sich anbietet, wie etwa die Gelder der Nationalbank, systematisch Druck auf die Finanzen auszuüben. Damit wird auch Druck auf alle staatlichen Leistungen ausgeübt und der Abbau des Staats vorangetrieben. Wir haben uns letztes Jahr hier im Rat für die Einführung dieses Fonds für die Nationalbankgelder entschieden und uns dieser Lösung angeschlossen. Wir bedauern jedoch, dass mit dieser Lösung jetzt nur noch 40 Mio. Franken in den Staatshaushalt fliessen, statt wie früher 80 Mio. Franken. Dies hat, wie gesagt, einen geringeren Spielraum zur Folge. Ich komme zum Schluss. Wir haben noch eine Forderung. Wir möchten, dass das Harmonisierte Rechnungslegungsmodell II (HRM II) zügig eingeführt wird. Das ist uns wichtig. Wir haben eine höhere Bruttoschuld, und der Bilanzfehlbetrag ist wegen der Sanierung der Pensionskassen gestiegen. Es wäre ganz wichtig, dass man dies ein wenig abfedern könnte. Im Übrigen genehmigt unsere Fraktion diesen Geschäftsbericht.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Wie wir schon gehört haben, haben wir einen Überschuss von 170 Mio. Franken erwirtschaftet. Das ist schön und gut. Nun kommt es darauf an, was wir damit anstellen. Die einen behaupten, nun sei der Zeitpunkt für eine substanzielle Steuersenkung gekommen. Andere sagen, es sei an der Zeit, die ASP-Schraube zu lockern. Aber wenn man das Zehn-Milliarden-Budget des Kantons anschaut, handelt es sich bei diesem Ergebnis eigentlich um eine «schwarze» Punktlandung. Es geht um rund 1,5 Prozent Überschuss. Der Kanton Bern hat seine Handlungsfähigkeit gewahrt, aber nicht mehr. Natürlich ist die EVP erleichtert darüber, dass der Kanton Bern auch für das Jahr 2015 einen positiven Rechnungsabschluss präsentiert und 100 Mio. Franken Schulden abbauen kann. Stossend ist aber aus unserer Sicht, dass das positive Rechnungsergebnis von 170 Mio. Franken zum Beispiel dadurch erzielt wurde, dass die Ausgaben für die Prämienverbilligungen 25 Mio. Franken unter dem Budget blieben. Die EVP fordert, dass nicht einfach auf Biegen und Brechen gespart wird, sondern dass die Mittel dort eingesetzt werden, wo es der Grosse Rat beschlossen hat. Gerade von den Prämienverbilligungen können viele Leute, die es wirklich nötig haben, profitieren, die im Fall von Kürzungen leer ausgehen.

Der Jahresabschluss zeigt auch, dass eine sorgfältige Ausgaben- und Investitionspolitik weiterhin nötig ist. Die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen stagnieren, und wir haben auch schon gehört, dass die Konjunktur sich eher abschwächt. Dadurch können auch die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen sehr rasch einbrechen. Der Blick auf die anderen Kantone zeigt uns, dass man vielerorts gut abgeschlossen hat. Wir können davon ausgehen, dass dieses Ergebnis nicht einfach unser persönliches Verdienst ist. Die relativ hohen Steuereinnahmen sind vor allem auf konjunkturelle Gründe zurückzuführen. Nach wie vor gilt es, bezüglich der Steuersenkungen grosse Vorsicht walten zu lassen. Der Spielraum ist relativ klein. Die EVP unterstützt im Rahmen der Steuerstrategie nur steuerpolitische Massnahmen, die vernünftig gegenfinanziert und ohne weitere Sparmassnahmen möglich sind. Das heisst, sie dürfen nicht auf dem Buckel der Armen und Schwachen umgesetzt werden. Die Motion der EVP mit dem Titel «Nach ASP nun eine Verwaltungs- und Effizienz-Überprüfung», wurde in der Januar-Session überwiesen. Der Vorstoss fordert eine kostenmässige Optimierung in den nächsten fünf Jahren. Er fordert von der Verwaltung einen Sparbeitrag ein. Wir sind gespannt, mit welchen Vorschlägen der Regierungsrat zu uns gelangen wird.

Zum Fazit: Wir werten den Jahresabschluss positiv. Trotzdem ist es unserer Meinung nach verfehlt, den Überschuss als Signal für Steuersenkungen oder für die Erfüllung anderer Begehrlichkeiten anzusehen. Der Blick in die Zukunft mahnt uns zur Vorsicht. Wir werden diesen Jahresbericht sowie den Bericht der FiKo annehmen. Noch zwei Sätze zum Jahresabschluss der Justiz: Uns ist aufgefallen, dass das Budget stark unterschritten wurde. Wir sind der Meinung, dass man dieser Tatsache im Budget 2017 Rechnung tragen und entsprechende Anpassungen vornehmen sollte.

Präsident. Zu Ihrer Information: Wir werden nachher noch über die Justiz diskutieren.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Die grüne Fraktion genehmigt den vorliegenden Geschäftsbericht und die Rechnung 2015. Wir danken an dieser Stelle all jenen, die hinter diesem umfangreichen Bericht stehen und die tagtäglich einen Service Public anbieten im Sinne eines Dienstes im Interes-

se der Öffentlichkeit. Das reicht von den Angeboten der Schulen bis zur Schneeräumung und umfasst noch Tausende weiterer Dinge, die tagtäglich von den Kantonsangestellten für unseren Kanton geleistet werden. Wir danken aber auch der Finanzdirektion, insbesondere für die Erarbeitung und die Zusammenstellung all dieser Unterlagen. Nur derjenige Kanton ist stark, der auch auf starke Dienstleistungen zurückgreifen kann. Dies gilt auch für den Kanton als Wirtschaftsstandort. Diese kantonalen Angebote umfassen insbesondere das Gesundheitswesen, die Schule, die Kinderbetreuung, die Infrastruktur und auch die gut funktionierenden Spitäler. All das braucht es, damit wir als Kanton Bern attraktiv und stark sind. Der Sprecher der BDP hat all diese Standortvorteile aufgezählt. Ich habe mich gefreut, dies von ihm zu hören, im Wissen, dass dies die letzte Rechnung ist, welche die rot-grüne Mehrheit in dieser Zusammensetzung vorlegt, gewissermassen als Abschiedsgeschenk. So schlecht kann die rot-grüne Regierung offenbar nicht gewesen sein.

Welches ist die Zahl des Tages? Lautet sie 170 Mio. oder 334 Mio. Franken? Es kommt darauf an, wie man rechnet. Wenn man jedenfalls die Einlage des doppelten Nationalbankgewinns in den Fonds berücksichtigt, dann schliesst die vorliegende Rechnung mit einem Überschuss von 334 Mio. Franken ab. Dies ist das beste Rechnungsergebnis seit bald zehn Jahren. Anscheinend hat die rot-grüne Mehrheit ihre Arbeit nicht so schlecht gemacht. Wir wissen aber auch, dass die Zusammensetzung der Regierung nicht der einzig entscheidende Faktor ist. Die Zusammensetzung des Grossen Rats ist viel bedeutender, weil hier die finanzpolitischen Jalons gesteckt werden. Als Vertreterin der Grünen weiss ich, dass die sehr schmerzhaften Einschnitte im Zusammenhang mit der ASP, die der bürgerliche Grosse Rat verordnet hat, heute noch wehtun. Man sieht dies auch im vorliegenden Geschäftsbericht, wo über die Umsetzung dieser Massnahmen berichtet wird. Wenn man weiss, was hinter dem vielen Text steckt, stellt man fest, dass Leistungen teilweise massiv abgebaut wurden.

Nun zu einem kleinen Ausblick: Für uns ist klar, dass selbst die bürgerliche Regierung, die ab dem 1. Juli amtieren wird, wenig Spielraum für finanzpolitische Experimente haben wird. Was sich im Geschäftsbericht sehr deutlich zeigt, und uns Grünen Sorgen bereitet, ist der steigende Bedarf im Alters-, Behinderten-, Gesundheits- und Sozialbereich. Wir werden älter, unsere Gesellschaft altert, und unsere Gesundheitskosten steigen. Darauf müssen wir als Kanton Bern Antworten haben. Es braucht in diesem Bereich Ressourcen. Es braucht mehr Geld für die Prämienverbilligungen, wie meine Vorrednerin der EVP bereits gesagt hat. Die Kantonsbevölkerung hat der Abbaupolitik bereits die rote Karte gezeigt. Auch folgendes bereitet uns Sorgen: Der BDP-Sprecher hat gesagt, es habe im Kanton Bern noch nie so viele Arbeitsplätze gegeben wie heute. Leider hat die Anzahl Arbeitsloser trotzdem ein Rekordhoch erreicht. Diese Information findet man nicht direkt im Geschäftsbericht, doch in diesem Kanton sind fast 20 000 Personen auf Stellensuche. Eine so hohe Zahl gab es im Kanton Bern schon lange nicht mehr. Auch dies wird uns in den nächsten Jahren beschäftigen.

Zu den Investitionen: Wir haben für die Investitionen weniger ausgegeben als budgetiert. Es ist nie gut, wenn ein Gemeinwesen bei den Investitionen spart, denn damit werden die Kosten nur in die Zukunft verschoben. Das Tram nach Ostermundigen braucht es. Wir haben verpasst, es in der ersten Runde zu bauen, aber es wird nötig sein. Von daher gesehen ist diese Investition nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben. Wir brauchen gerade auch im Bildungsbereich Investitionsmöglichkeiten. Die beiden Campus der Fachhochschule, aber auch die Universität Bern, benötigen mehr Geld. Wir brauchen Investitionen, um für die Zukunft vorbereitet zu sein. Ich komme zum Schluss: Wie ich gesagt habe, gibt es keinen Spielraum für Experimente bei den Steuersenkungen. Über diese Frage werden wir im Herbst eingehender diskutieren. Wir freuen uns, in der nächsten Rechnung die Umstellung auf HRM II zu sehen. Dadurch werden die Vermögenswerte des Kantons Bern realistischer abgebildet sein.

Hans-Jörg Pfister, Zweisimmen (FDP). Das Ergebnis der Rechnung ist positiv: Wir haben einen Überschuss von rund 170 Mio. Franken. Diese Zahl sollte uns jedoch nicht zu Übermut verleiten. Wir müssen nach wie vor zum Geld schauen. Die Ausgabendisziplin ist weiterhin gefragt. Wir wissen, dass die Steuereinnahmen in den kommenden Jahren nicht zuletzt aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung durchaus rückläufig sein können. Was die Investitionen betrifft, haben wir den eingestellten Betrag nicht aufgebraucht. Wir haben aber nicht etwa gespart. Der Grund lag vielmehr darin, dass die Wirtschaft gar nicht bereit war, zusätzliche Arbeit zu leisten. Das kann man durchaus auch positiv würdigen. Die Ausgabendisziplin müssen wir aufrechterhalten, wenn wir das Ziel der Steuersenkung endlich angehen wollen. Die Steuersenkungen sind ein Thema, welches wir seit langem immer wieder aufgreifen. Wir sind noch nie zu einem Ergebnis gekommen. Nun müssen wir dieses Problem endlich anpacken. Der Kanton Bern steht im Moment gut da, doch wir wissen, dass

die Zunahme der Ausgaben im Sozialbereich und im Gesundheitswesen enorm sein wird, nicht zuletzt wegen der grossen Anzahl Flüchtlinge. Die FDP dankt für die guten Unterlagen sowie für die Aufbereitung der Rechnung und des Jahresabschlusses. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass man auch in der Finanzdirektion zurückhaltend sein muss, und dass eine Steigerung des Personalaufwands nicht mehr drin liegen sollte, weil wir sonst wieder negative Zahlen schreiben würden. Das möchte die FDP nicht. Die FDP hat ein klares Ziel, die Steuern in den kommenden Jahren zu senken. Die FDP stimmt der Rechnung in der vorliegenden Form zu.

Johann Ulrich Grädel, Huttwil / Schwarzenbach (EDU). Es wurde eigentlich schon alles gesagt. Deshalb werde ich mich kurz fassen. Die Rechnung 2015 schliesst mit einem Überschuss ab. Das ist sehr positiv. Die EDU möchte an dieser Stelle allen herzlich danken, die daran gearbeitet haben. Ein besonderer Dank gilt allen Steuerzahlern, die jedes Jahr mehr bezahlen und trotzdem nicht in einen preisgünstigeren Kanton ziehen. Die EDU hofft, dass wir die Steuern für juristische, aber auch für natürliche Personen senken können. Dies bedeutet jedoch, dass wir bei den Ausgaben prüfen, was unbedingt nötig ist, und worauf wir verzichten können. Die EDU stimmt den Anträgen der Finanzkommission zu. Wir sind auch froh und dankbar, dass die Motion Tanner nicht abgeschrieben wird.

Präsident. Es gibt offenbar keine Einzelsprechenden. Somit hat die Frau Regierungspräsidentin das Wort.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Über die Eckwerte unseres Rechnungsergebnisses wurde schon vieles gesagt. Eigentlich ist alles schon bekannt, und wir könnten sogleich zur Abstimmung schreiten. Dennoch es scheint es mir wichtig, vorher noch die eine oder andere Anmerkung zur Rechnung 2015 und vor allem zum Budget des nächsten Jahres anzubringen. Vorab möchte ich festhalten, dass ich glücklich und zufrieden bin über das positive Ergebnis. Wenn man über die Kantonsgrenzen hinausschaut, stellt man fest, dass es nicht überall gleich gut aussieht. Im Jahr 2014 hat rund die Hälfte der Kantone rote Zahlen geschrieben. Im Jahr 2015 dürfte sich die Situation nur dank der doppelten Gewinnausschüttung der Nationalbank ein wenig entschärft haben. Mit unserer Angebots- und Strukturüberprüfung ASP haben wir einen sehr grossen «Spar-Brocken» bewältigt. Mir wurde anlässlich einer Finanzdirektorenkonferenz bestätigt, dass einige Kantone solche grossen Debatten noch vor sich haben. Sie haben grossen Respekt davor. Deshalb dürfen wir für uns in Anspruch nehmen, dass uns die positive Jahresrechnung 2015 nicht in den Schoss gefallen ist. Es hat grosser politischer Anstrengungen und schmerzlicher Entscheide bedurft, um positive Rechnungsabschlüsse zu erreichen. Mit einem Überschuss von rund 170 Mio. Franken in der laufenden Rechnung mag der finanzielle Handlungsspielraum fast schon üppig erscheinen. Wenn wir jedoch das Ergebnis der Gesamtrechnung einschliesslich der Investitionen, oder anders gesagt, den Finanzierungssaldo, anschauen, beträgt der Überschuss lediglich 100 Mio. Franken. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass die Investitionen deutlich unter dem Budget und unter den Investitionsbudgets der vergangenen Jahre liegen. Das Ergebnis der laufenden Rechnung weicht um 45 Mio. Franken vom Budget ab. Bei einem Umsatz von 10 Mrd. Franken kann man eigentlich von einer Punktlandung sprechen. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass in den Bereichen Personal- und Sachaufwand eine sehr grosse Ausgabendisziplin herrschte. In diesen Bereichen liegen wir nämlich um rund 100 Mio. Franken unter dem Budget.

Wie es sich für eine Finanzdirektorin gehört, und wie es wohl auch von ihr erwartet wird, muss ich auch ein paar negative Aspekte ansprechen, die mir im Zusammenhang mit dem Abschluss der Rechnung 2015 Sorgen bereiten. Wir haben von Budgetüberschreitungen bei der Spitalversorgung, bei der Sozialhilfe und im Alters- und Langzeitpflegebereich Kenntnis nehmen müssen. Ich habe schon ein paarmal davon gesprochen, dass es so weit kommen könnte. Der Rechnungsabschluss 2015 hat diese Prognose nun bestätigt. Dies hat zur Folge, dass wir in der Finanzplanung im genannten Bereich eine Anpassung vornehmen mussten. Leider ist es so, dass wir auf diese Ausgaben keinen grossen Einfluss nehmen können, da sie auf externe Entwicklungen zurückzuführen sind. Stichworte dazu sind die demografische Entwicklung, gesellschaftspolitische Einflüsse, die sich verschärfenden Probleme im Asyl- und Flüchtlingsbereich sowie Kostensteigerungen im Gesundheitswesen aufgrund des medizinischen Fortschritts. Ich möchte jedoch festhalten, dass der Kanton Bern nicht der einzige ist, der diese Entwicklungen zu spüren bekommt. Es handelt sich um ein schweizweites Problem. Die Kosten des Gesundheitswesens haben sich in den letzten Jahren schweizweit um durchschnittlich rund drei Prozent erhöht. Dies bei einer sehr geringen bis teilweise

sogar negativen Teuerung. Das muss einem zu denken geben. Die Gesamtausgaben bei den Ergänzungsleistungen sind in den letzten zwölf Jahren um 50 Prozent auf jährlich 4,7 Mrd. Franken angewachsen. Rund zwölf Prozent der AHV-Rentnerinnen und rund 44 Prozent der IV-Bezüger sind auf solche Leistungen angewiesen. Sie wissen alle, dass der Kanton zwei Drittel dieser Kosten übernehmen muss.

Der zweite Bereich, dessen Entwicklung mir zu denken gibt, sind die Steuererträge. Vom Jahr 2012 auf das Jahr 2013 konnten wir Mehreinnahmen von rund 240 Mio. Franken verbuchen. Da konnten wir noch von einem deutlichen Wachstum sprechen. Von 2013 bis 2014 betrug das Wachstum immerhin noch 175 Mio. Franken. Aber jetzt kommt es: Was die Entwicklung zwischen 2014 und 2015 betrifft, müssen wir von einer Stagnation sprechen. Die Steuerertragszahlen 2015 liegen noch mit rund 50 Mio. Franken über unserem Budget und über den Einnahmen aus dem Jahr 2014. Damit liegen sie eigentlich im Nullsummen-Bereich. Deshalb werden wir die Zahlen der Rechnung 2015 einbeziehen, wenn wir den Finanzplan erstellen, und entsprechende Korrekturen nach unten vornehmen. Diese beiden Entwicklungen – einerseits ein gedämpftes Wachstum bei den Steuererträgen, und andererseits die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen und im Sozial- und Altersbereich – führen dazu, dass wir im Vergleich mit der Situation vom letzten Herbst von einer finanzpolitischen Trendwende sprechen müssen. Leider ist der Spielraum, den wir letzten Herbst noch hatten, jetzt nicht mehr vorhanden. Er ist weggeschmolzen. Der Regierungsrat befasst sich im Moment mit der Erarbeitung des Budgets. Ich habe es schon ein paarmal gesagt: Es ist wirklich eine grosse Herausforderung, ein Budget zu erstellen, welches die Schuldenbremse einhält und die Vorgaben des Aufgaben- und Finanzplans erfüllt. Hinzu kommt, dass wir die Absicht haben, die Steuern der juristischen Personen zu senken. Wir werden diese Arbeiten abschliessen und nach den Sommerferien den Bericht auflegen, damit dann der Grosse Rat anlässlich der Novembersession auf der Basis des Budgets 2017 und des Aufgaben-/Finanzplans der kommenden Jahre und in Kenntnis der Mindereinnahmen, welche die Steuerstrategie mit sich bringen würde, die richtigen Entscheide treffen kann.

Nach diesem Ausblick kehren wir zurück zum Geschäftsbericht und zur Jahresrechnung 2015. Ich möchte dazu noch eine Bemerkung anfügen. Es wurde vorhin gesagt, die Finanzdirektion solle aufpassen, dass das Personal nicht aufgestockt werde. Ich möchte zu Händen des Protokolls festhalten, dass die Finanzdirektion bis jetzt eher Personal abgebaut als aufgestockt hat. Ich möchte nicht, dass man hier von falschen Voraussetzungen ausgeht. Der Regierungsrat ist froh über dieses Ergebnis, und wir bitten den Grossen Rat, diesen Geschäftsbericht zu genehmigen. Ich habe bisher niemanden gehört, der diesen völlig ablehnen würde. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Präsident. Möchte die Kommissionssprecherin nochmals das Wort ergreifen? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer den Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2015 des Kantons Bern genehmigen will, stimmt ja, wer ihn ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Genehmigung

Ja	146
Nein	0
Enthalten	0

Präsident. Sie haben diesen Bericht einstimmig genehmigt.